



Vor einem Kurswechsel in Wien?

Dollfuß für Beilegung der Spannung zwischen Oesterreich und Deutschland

In eben den Tagen, in denen das deutsch-österreichische Verhältnis durch den tragischen Zwischenfall an der bairischen Grenze auf eine neue Belastungsprobe gestellt wird, kommen aus Wien Nachrichten, die darauf schließen lassen, daß innerhalb der österreichischen Regierung die Voraussetzungen für einen Kurswechsel dem Deutschen Reich gegenüber heranzureifen scheinen. Der Bundeskanzler Dollfuß hat sich in seiner Rede mit dem Verhältnis der beiden Länder zueinander beschäftigt. Er hat zwar wieder die „Selbstständigkeit“ Oesterreichs, die deutscherseits garnicht angegriffen worden ist, als Postulat gefordert, und er hat jede Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse seines Landes noch einmal abgelehnt, obwohl die deutsche Regierung dies nie verjagt hat, aber er hat dann doch weiter gesagt, die österreichische Regierung sei zu einer Beilegung der Spannung zwischen Oesterreich und Deutschland durchaus bereit.

Gleichzeitig hat sich der ehemalige Vizekanzler Winkler, der Führer der nationalständischen Front, in einer Rede mit den gleichen Fragen auseinandergesetzt. Winkler ist schon in den Zeiten, als er noch im Kabinett Dollfuß saß, ein entschiedener Vertreter eines großdeutschen Nationalbewußtseins gewesen. Er hat diesen Standpunkt jetzt noch betonter herausgearbeitet, indem er erklärte: „Wir stehen heute zum Deutschen Reich. Von diesem Standpunkt lassen wir kein iota nach, weil wir uns aus dem deutschen Kulturkreis nicht entfernen lassen. Wir wünschen ein deutschbewusstes Oesterreich. Wir sind für den Frieden mit allen Nachbarn, in erster Linie für den Frieden mit dem Deutschen Reich“. Und er fügte hinzu: „Ich glaube, wir sind diesem Frieden nicht so fern, als manche meinen. Wir werden uns sehr bald davon überzeugen können, daß ein solcher Frieden möglich ist, und zwar möglich, ohne daß in Oesterreich die innenpolitischen Grundlagen eine Veränderung, einen Wechsel erfahren. Es ist meine feste Überzeugung, daß wir mit dem Deutschen Reich sehr bald zu normalen Verhältnissen kommen werden, die nicht nur wir in Oesterreich brauchen, die auch das Deutsche Reich braucht“.

Diese im Namen der Nationalständischen Front gesprochenen Worte gewinnen ihre Bedeutung erst dadurch, daß aus Wien in bestimmter Form eine Umbildung des Kabinetts Dollfuß unter Einbeziehung von Vertretern dieser Nationalständischen Front gemeldet wird. Sie wird sogar ganz präzise für spätestens Freitag dieser Woche vorausgesagt. Das Präsidium zu dieser Reaktivierung der Kabinette um Winkler wurde durch die Auseinandersetzungen geliefert, die zwischen Winkler und Starhemberg stattfanden und die auf beiden Seiten in reichlich massiver Form geführt wurden. Wenn Winkler noch in seiner letzten Rede dem Fürsten Starhemberg sozusagen abschließend „feiges Davonlaufen und Ausneisen“ vorwirft, so enthält das, wie groß die Unstimmigkeiten zwischen den beiden Gruppen geworden sind. Sie bestehen aber nicht nur zwischen den Heimwehren und dem engeren Winklerischen Anhang im Landbund, gegen den sich die Starhembergschen Angriffe vor allem richteten, sondern auch zwischen Heimwehren und Christlich-Sozialen, also der Partei des Bundeskanzlers Dollfuß. Das alles läßt darauf schließen, daß der Einfluß Starhembergs, der nach der Ausschiffung der Landbändler und der Neubildung des Kabinetts zeitweise recht stark war, und der sich im anti-deutschen Sinne auswirkte, im Schwinden begriffen ist.

Wenn demgegenüber jetzt Persönlichkeiten von der klaren Deutschbewußtheit Winklers ins Kabinett eintreten, so darf man darin gute Vorzeichen für eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich erblicken. Man verrät kein Geheimnis, wenn man darauf hinweist, daß in der Zwischenzeit die Fühlung zwischen den beiden Ländern in vorläufiger Form bereits aufgenommen wurde. Und vielleicht darf man in der bevorstehenden Regierungs-umbildung die Bestätigung dafür erblicken, daß sie zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis geführt haben. Daß an den darüber vorliegenden Nachrichten nicht zu zweifeln ist, ergibt sich daraus, daß sowohl die der deutsch-österreichischen Verständigung seit jeher abgeneigte Wiener Presse wie gewisse französische Zeitungen, die den Bruderkrieg im deutschen Lager bei jeder Gelegenheit schürten, schon im voraus gegen eine etwaige Veränderung des Wiener Regierungskurses heftig Sturm laufen. Die in schicksalichen Händen befindlichen Wiener Zeitungen versuchen, Dollfuß auf früher von ihm abgegebene Erklärungen festzulegen und folgern kategorisch: „Mit Hitler gibt es keine Verständigung“. Das „Sournale des Debats“ aber warnt den Bundeskanzler davor, „die wahren Freunde Oesterreichs“ — worunter es wohl die Franzosen begreift — zu verraten.

Tagespiegel.

Der Reichstag ist am den 12. Dezember einberufen worden.

Der 500 000. Volksempfänger wird dem Führer überreicht werden.

Der Reichswirtschaftsminister hat härteste Maßnahmen gegen Preiserhöhungen angedroht. Verschiedene Kartelle sind aufgefordert worden, vorgenommene Preiserhöhungen sofort wieder zu beseitigen.

Die Brüder Leo und Willy Ellarek wurden aus dem Zuchthaus Ludau vorgeführt, um im Prozeß gegen den von ihnen beschlenen Stadtrat a. D. Benede als Zeugen vernommen zu werden.

Eine Brandkatastrophe in der Zelluloidfabrik Speyer hat sieben Todesopfer gefordert.

Auf der Feste Carolus Magnus in Palenberg wurden durch Stoßknäuel 18 Bergleute eingeschlossen. Man hofft, sie alle lebend bergen zu können.

Steidle legt sein Amt als Sicherheitsdirektor nieder

Wien, 29. Nov. Nach einem Bericht aus Innsbruck wird Landesdirektor Dr. Steidle seine Stellung als Sicherheitsdirektor von Tirol niederlegen. Bekanntlich haben verschiedene Vorfälle, die auf die Tiroler Heimwehren zurückgehen, auch in Wien mißliebigen Aufsehen erregt. Dr. Steidle hat bereits in seiner Eigenschaft als Bundeskommissar für Propaganda eine Vortragsreise nach der Schweiz angetreten. Er ist in Basel eingetroffen.

Das Ausschneiden Dr. Steidles aus der Tiroler Landesregierung steht, wenn auch nicht unmittelbar, in Zusammenhang mit den Ueberfällen und Gewalttaten, die sich in letzter Zeit jeden Abend in Innsbruck wiederholten. Im Mittelpunkt dieser von Heimwehrläuten verurachteten Gewalttaten standen die beiden Brüder Rudolf und Heinrich Benz, die eine führende Rolle in einer Art Staatskompanie der Heimwehren in Innsbruck spielten. Letzten Endes waren auch die Brüder Benz die Urheber der schweren Ausschreitungen und der Schießerei am Hauptgebäude der Tiroler Heimwehren vor einigen Monaten. Infolge dieser Vorfälle haben sich die Funktionäre der Großdeutschen Volkspartei in Tirol veranlaßt, an den Bürgermeister der Stadt Innsbruck und den Landeshauptmannstellvertreter Peer heranzutreten und ein energisches Einschreiten der Behörden zu verlangen. Eine andere Abordnung begab sich nach Wien und sprach beim Staatssekretär für Sicherheitswesen, Karwinski, und beim Bundesminister Schuschnigg vor, der bekanntlich Tiroler ist.

Beide Minister haben ihre Mißbilligung über die Vorfälle ausgesprochen und Abhilfe zugesagt. Die Angegriffenen waren natürlich Nationalsozialisten.

Der Reichstagsbrandstifter-Prozeß

Leipzig, 29. Nov. In der Mittwoch-Sitzung des Reichstagsbrandstifter-Prozesses legt zunächst Kriminalrat Broßig aus Düsseldorf seine Aussage fort. Er verliest eine Reihe von Zeitungsartikeln, deren Inhalt im wesentlichen aus den Befundungen des Kriminalrats Heller schon bekannt ist. Daß die Kommunistische Partei mit allen Mitteln den gewalttätigen Umsturz durchzuführen wollte, wird auch dadurch bewiesen, daß in Düsseldorf eine Giftkolonne gebildet worden war, die den Auftrag hatte, das Eisen in den SA-Küchen bei einem eventuellen Aufstand zu vergiften. Die beschlagnahmten Giftmengen hätten nach den Gutachten der Sachverständigen ausgereicht, um 18 000 Menschen zu vergiften. Gegen die Beteiligten ist Anklage wegen versuchten Massenmordes erhoben worden. Der Zeuge berichtet ferner über eine Geheimföschung in Düsseldorf, in der beschlossen wurde, den Sekretär der SPD in Düsseldorf zu erschlagen und die Erschießung dann den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben. Der Täter wurde in der Versammlung ausgelöst.

Auf Fragen des Reichsgerichtsrat Coenders antwortete der Zeuge, es sei allgemein davon gesprochen worden, daß der geplante kommunistische Aufstand in der entmilitarisierten Zone des Rheinlandes beginnen sollte.

Der Angeklagte Dimitroff stellt wieder einige Fragen, die der Vorsitzende jedoch ablehnt. Dimitroff erklärt dann, für den gefunden Menschenverstand sei es unmöglich zu glauben, daß Kommunisten SA-Leute vergiften wollten. Der Zeuge erwidert darauf: Am 28. Februar 1932 wurde das Gift beschlagnahmt. Ein kommunistischer Galvaniseur hatte es in dem Betrieb gestohlen, in dem er beschäftigt war. Der Mann war früher Bezirksleiter des Spartakusbundes im Bezirk Niederrhein. Bei ihm fand man Mitgliedenausweise der KPD, der Roten Hilfe, des RFB usw. Die Akten darüber sind beim Reichsgericht. Der Vorsitzende bemerkt, daß sich der Senat die Akten werde geben lassen.

Der Angeklagte Dimitroff richtet dann wiederum eine Fülle von Fragen an sämtliche Kriminalbeamten. Nach kurzer Be-

ratung des Senats teilt der Vorsitzende mit, daß die Fragen Dimitroffs als unerheblich und nicht zur Sache gehörig zurückgewiesen werden. Nur eine einzige Frage Dimitroffs, welche Gründe für die Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand angegeben worden seien, wird vom Senat zugelassen.

Die Polizeizeugen äußern sich der Reihe nach zu dieser Frage. Als Kriminalrat Dr. Heller erklärt, nach seiner langjährigen Erfahrung hätten stets die Kommunisten die Schuld an den Zusammenstößen getragen, unterbricht der Angeklagte Torgler den Zeugen mit beleidigenden Bemerkungen, die der Vorsitzende energisch zurückweist.

Zu den Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand erklärt Kriminalrat Heller, der Zweck der Verhaftung der kommunistischen Funktionäre habe darin gelegen, die Massen führerlos zu machen und allgemein vorbeugend zu wirken, um Gewaltmaßnahmen von vornherein zu unterbinden. Die anderen Kriminalbeamten äußern sich ähnlich. Als sich Dimitroff damit noch nicht zufrieden gibt, betont der Vorsitzende energisch, die Polizei und Behörden hätten allgemein die Auffassung gehabt, daß ein kommunistischer Aufstand kommen würde. Damit seien die Festnahmen vollkommen erklärt.

Nach einer Mittagspause legt der Angeklagte Dimitroff einen neuen Beweis Antrag vor. Als der Oberreichsanwalt bittet, den Antrag als unerheblich abzulehnen, wirft Dimitroff dem Oberreichsanwalt vor, er habe Angst vor seiner Frage. Der Oberreichsanwalt ersucht, diese Unterstellung, daß er aus Angst die Ablehnung des Antrages verlange, zurückzuweisen. Er handele lediglich aus sachlichen Erwägungen. Der Vorsitzende bezeichnet Dimitroffs Vorwurf als grobe Ungehörigkeit. Der Senat beschließt sofort die Ablehnung des Beweis Antrages.

Der Zeuge Kriminalrat Broßig-Düsseldorf tritt dann vor. Er erklärt, er habe noch eine für den Prozeß vielleicht bedeutsame Mitteilung zu machen. Am 25. und 26. Februar d. J. hat, befindet er, in Remscheid eine Konferenz des Kampfbundes gegen den Faschismus stattgefunden, an der ungefähr 1000 Funktionäre teilnahmen. Der Reichsleiter des Kampfbundes, Oskar Müller, soll dabei folgende Ausführungen gemacht haben: Wir werden uns den Tag, an dem wir los schlagen, nicht von anderen bestimmen lassen. Wir werden ihn selbst bestimmen. An dem Tage, wo wir los schlagen, werden Paläste brennen. Während der Rede Müllers soll ein Kurier erschienen sein. Müller soll darauf erklärt haben, er habe äußerst wichtige Nachrichten und den Auftrag, sofort nach Berlin zurückzukehren. Der Zeuge Broßig fügt hinzu, daß Oskar Müller sich in Schughaft befindet. Der Vorsitzende regt daraufhin an, Müller als Zeugen zu vernehmen.

Anschließend äußert sich der Untersuchungsrichter beim Reichsgericht, Landgerichtsrat Böske, als Zeuge über die Erfahrungen, die er bei seinen zahlreichen Voruntersuchungen über die Vorbereitung eines bewaffneten kommunistischen Aufstandes gemacht hat.

Rechtsanwalt Dr. Seiffert fragt als Stellvertreter der Verteidiger des Angeklagter Torgler, ob dem Zeugen bei seiner langjährigen Bearbeitung von Hochverratsverfahren der Name Torgler als Angeklagter oder Zeuge vorgekommen sei. Zeuge Böske: Ich hätte den Namen erwähnt, wenn er bei den Terminen, die ich hier vorgetragen habe, vorgekommen wäre. Mir ist dieser Name aber aus meiner sonstigen Tätigkeit gut bekannt. Ich habe erst vor einiger Zeit ein Flugblatt beschlagnahmt, das hochverräterische Absichten verfolgte und das den Namen Torgler trägt. Oberreichsanwalt: Ich kann das selbe sagen, denn ich habe noch viel mehr Flugblätter beschlagnahmt.

Dimitroff wünscht eine klare Auskunft darüber ob der Reichstagsbrand nach Auffassung des Zeugen der Aktus zum bewaffneten Aufstand sein sollte. Der Zeuge erklärt, bei den Voruntersuchungen sei davon nicht die Rede gewesen. Die kommunistische Partei habe auch viel zu vorsichtig gearbeitet, um solche Dinge vorher zu verbreiten, denn sonst wäre eine solche Aktion sofort zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen.

Die Weiterverhandlung wird auf Freitag vertagt.

Außenminister Hymans über Belgiens Außenpolitik

Brüssel, 29. Nov. Die mit einiger Spannung erwartete Rede des Außenministers Hymans in der Kammer über die belgische Außenpolitik beschäftigte sich, wie vorauszusehen war, vornehmlich mit dem Verhältnis zu Deutschland. Hymans ging u. a. auf die in einem Teil der öffentlichen Meinung verbreiteten Behauptungen über den Beginn einer Wiederaufrüstung Deutschlands über die „militärähnlichen Organisationen“ und über eine Verletzung des Locarno-Paktes ein. Was sei nun in der gegebenen Lage zu tun? Vor allem könne Belgien nichts allein tun. Jede Einzelaktion sei unmöglich. Daher stehe die Regierung in dauernder Fühlung mit den Mächten, namentlich mit Frankreich, England und Italien. Eine Politik der Gewalt, so fuhr der Minister dann fort, bedeute den Präventivkrieg und der Präventivkrieg sei der Krieg schlechthin. Welche Regierung könne es wagen, eine solche Verantwortung auf sich zu laden? Der Minister wies dann ausführlich auf die Aussprache im französischen Parlament hin. Das Abrüstungsproblem müsse gelöst werden durch eine Konvention über Abrüstungsbeschränkungen, die dauernd überwacht werden müssen. Bevor jedoch die Abrüstungskonferenz wieder aufgenommen werde, müsse durch diplomatische

Verhandlungen die Grundlage für ein Abkommen geschaffen werden. Belgien verlange aber, bei den Besprechungen der Großmächte hinzugezogen zu werden, wenn Dinge verhandelt würden, die es unmittelbar angehe. Außerdem habe Belgien die Pflicht, für seine Verteidigung zu sorgen. Der Völkerbund bleibe trotz allem das einzige Organ internationaler Zusammenarbeit. Er gebe den kleinen Staaten das Recht und die Möglichkeit, sich hören zu lassen. Bei seinem Hinweis auf das Abkommen von Locarno, das aufrecht erhalten werden müsse, erwähnte der Minister die Bezirke Eupen und Malmedy. Er betonte außerdem, daß die Grenzen dieser Bezirke gemäß dem Versailler Vertrag die Grenzen Belgiens seien. Der Rheinpakt habe diesen Zustand ausdrücklich anerkannt und garantiert. Im Falle einer Verletzung seien die Unterzeichner des Paktes zur unmittelbaren Hilfeleistung verpflichtet. Belgien und Frankreich müssen sich gegenseitig Beistand leisten und sie hätten wiederum Anspruch auf den Beistand Englands und Italiens. Der Minister sagte auch, daß durch den gleichen Pakt die Neutralitätsabkommen aufgehoben seien und daß Belgien seine volle Gebietshoheit besitze.

Reichswirtschaftsminister gegen Preissteigerungen

Berlin, 29. Nov. Der Reichswirtschaftsminister hat bereits in seinem Erlaß an die Spitzenverbände vom 30. August und erneut im Oktober d. J. in der Öffentlichkeit eindringlich die Wirtschaft ermahnt, die Maßnahmen der Reichsregierung für Arbeitsbeschaffung und Wirtschaftsbelebung nicht durch Preissteigerungen zu gefährden. In Verfolg dessen ist er gegen Maßnahmen von Verbänden, durch die die Preise erhöht worden sind, in einer Reihe von Fällen eingeschritten, um die Preise wieder auf den früheren Stand zurückzuführen. Soweit einzelne Wirtschaftszweige dem Verlangen der Reichsregierung auf Beibehaltung des alten Preisstandes nicht entsprochen haben, beabsichtigt der Reichswirtschaftsminister mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Er hat bereits die Marktregelung eines Verbandes für nichtig erklärt und hat weiter am Mittwoch die marktregelnden Verbände für Messingrohre, Schnellautomatenstahl, geschweißte Röhre, Kohlebürsten, Schleifmittel, gewisse Sorten von Dachpappen ermahnt, die Preissteigerungen binnen kürzester Frist rückgängig zu machen, andernfalls er schärfste Maßnahmen, die unter Umständen bis zur Aufhebung der Marktregelung gehen werden, ergreifen wird.

Was für die Warenpreise gilt, muß auch für die Preise für handwerkliche und sonstige gewerbliche Leistungen gelten. Der Reichswirtschaftsminister hat sich entschlossen, ein Verdingungs-kartell der Bauwirtschaft wegen Gefährdung des Gemeinwohles für nichtig zu erklären, da bei einer Regelung den an der Verdingung Beteiligten durch das Kartell überhöhte Preise vorgeschrieben und die Geheimhaltung der Vereinbarung zur Pflicht gemacht worden war.

Wenn auch nicht verkannt wird, daß durch den Kampf um den Abschlag die Preise stark herabgedrückt worden sind, so kann der Ausgleich nicht durch Preissteigerung, sondern nur durch eine Steigerung des Ablasses erreicht werden. Preissteigerungen führen zur Abchwächung der Kaufkraft. Die Befestigung der Wirtschaftskräfte kann aber nur durch eine Stärkung der Konsumkraft erzielt werden.

Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn

Berlin, 29. Nov. Am 27. und 28. November 1933 trat der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn zu einer ordentlichen Tagung zusammen. Der Verwaltungsrat befaßte sich eingehend mit der finanziellen und Verkehrsentwicklung bei der Reichsbahn. Einer geringen Abnahme des Personenverkehrs im Vergleich zu 1932 steht eine Steigerung des Güterverkehrs gegenüber. Die Entwicklung der Güterverkehrseinnahmen hat aber mit der mengenmäßigen Zunahme des Verkehrs nicht Schritt gehalten. So bleiben die Gesamtverkehrseinnahmen gegen 1932 um ein Geringes zurück. Diese Erscheinung ist auf die weitgehenden Tarifermäßigungen zurückzuführen, die die Reichsbahn in den letzten Jahren im Interesse der deutschen Volkswirtschaft im Jahre 1933 auch im Dienste der Arbeitsbeschaffungsmassnahmen durchgeführt hat. Sie erklärt sich aber auch weiter durch die Erfahrung, daß bei der heute festzustellenden Besserung der Konjunktur zunächst eine Steigerung der Rohstofftransporte Platz greift, die bei der Reichsbahn zu den niedrigen Massengutstarifen befördert werden. Die Tarifermäßigungen seit 1929 haben in den Güterverkehrseinnahmen eine Verringerung um rund 550 Millionen RM. d. h. um 16 v. H. herbeigeführt.

Der Verwaltungsrat begrüßte es, daß die Reichsbahn über

die 1400 Millionen RM. hinaus, die für Arbeitsbeschaffungszwecke in diesem Jahre ausgeworfen werden, für Winterarbeiten zugunsten des Handwerks weitere 25 Millionen RM. hat bereitstellen können und in ihren Bemühungen fortfährt, weitere Beiträge für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen aufzubringen.

Der Verwaltungsrat genehmigte die inzwischen erfolgte Änderung der Personalordnung für die Reichsbahnbeamten, mit der langgehegte Wünsche der Beamtenchaft erfüllt worden. Er ermächtigte ferner die Hauptverwaltung zu folgenden sozialen Maßnahmen im Interesse der Arbeiterschaft: Die Kündigungsgeldleistungen für die Reichsbahnarbeiter sollen angemessen verlängert werden, und an Arbeiter mit langjähriger Dienstzeit gestaffelte Treuprämien gewährt werden. Die Auszahlung dieser Treuprämien an die in Frage kommenden Arbeiter soll noch vor Weihnachten erfolgen. Der Verwaltungsrat ernannte zum Reichsbahndirektionspräsidenten den Reichsbahnoberrat Dr. Geiger, der die Leitung der Reichsbahndirektion R u n d e r g übernehmen wird.

Aufruf des Reichsstandes der Deutschen Industrie

Berlin, 29. Nov. Vom Reichsstand der Deutschen Industrie wird mitgeteilt. Nachdem der Führer der Reichsarbeitsfront, der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister und der Beauftragte des Führers für Wirtschaftsfragen in einem Aufruf an alle schaffenden Deutschen den Aufgabenkreis der Deutschen Arbeitsfront endgültig klargestellt haben, hat der Führer des Reichsstandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, sofort die Industriellen-Unternehmer zum Beitritt in die Deutsche Arbeitsfront aufgefordert. Er hat dabei ausgedrückt, daß das Ziel der Deutschen Arbeitsfront in der Herstellung einer wahren Volksgemeinschaft aller im Arbeitsleben stehenden Menschen bestehe. An der Verwirklichung dieses hohen Zieles würden die Industriellen-Unternehmer freudig mitarbeiten.

Dr. Dietrich über die Presse

Berlin, 29. Nov. Wie die NSK meldet, sprach vor dem „Zeitungsjahreslichen Fortbildungskurs“ am Dienstag im „Institut für Zeitungswissenschaft“ der Reichspressekammer, des NSDAP, und Vizepräsident der Reichspressekammer, Dr. Otto Dietrich, über aktuelle Fragen des deutschen Journalismus und Pressewesens. Dr. Dietrich behandelte u. a. die Frage der Weiterentwicklung der nationalsozialistischen Presse als eine Organisations- und Personalfrage. Ausbau der nationalsozialistischen Redaktionen zur Leistungssteigerung sei die Voraussetzung zur Erhaltung der heutigen führenden Stellung der nationalsozialistischen Presse. Wenn es einerseits gelinge, den bürgerlichen Journalisten zum Nationalsozialisten zu erziehen und andererseits den aus der politischen Sphäre kommenden nationalsozialistischen Redakteur zur höchsten journalistisch-technischen Berufsausbildung zu bringen, dann werde auf dieser höheren Ebene, zu der beide aufsteigen müßten, die Ueberwindung der Gegensätze sich auf natürlichem Wege vollziehen. Es sei die Auffassung der NSDAP, und ihr Wunsch, daß die gesamte deutsche Presse immer mehr vom nationalsozialistischen Geiste erfaßt und getragen werde. Damit sei aber keineswegs gesagt, daß nur parteiamtliche Organe in der deutschen Presse Geltungsberechtigung hätten. Selbstverständlich müßten sie die allgemeinen Vorteile genießen, die sich aus ihrer gradlinigen Entwicklung ergeben und durch ihre bewiesene Zuverlässigkeit rechtfertigen. Das dürfe aber nicht so weit gehen, daß ein politischer oder gar ein parteiamtlicher Zwang durch untere Organe auf die Presse ausgeübt werde. Nicht durch Zwang, sondern nur durch Leistung könne man auf die Dauer Leser gewinnen. Dr. Dietrich tritt in diesem Zusammenhang entschieden der Auffassung entgegen, daß das neue Schriftleitergesetz zu einer Uniformierung der deutschen Presse führen müsse. Das Leben der Nation im neuen Reich biete genügend Stoff und Material, um die deutsche Presse vielfältig, interessant und lebendig zu machen.

Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 29. Nov. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, erläßt eine Anordnung, in der es heißt: Wenn die großen Aufgaben, die durch das Wort „Kraft durch Freude“ getrieben sind, vollendet werden sollen, so muß dieser Gedanke der Deutschen Arbeitsfront auch in der Organisation durchgeführt werden. Deshalb habe ich angeordnet, daß das weitere Anwachsen der Verbände verhindert werden soll und eine Mitgliedsbeschränkung für die Verbände eintritt, dagegen die noch außerhalb der Deutschen Arbeitsfront stehenden Volksgenossen in verhärteter Weise auf-

gefordert werden, in die Arbeitsfront einzutreten und nach der Neuordnung formiert werden. Arbeiter, Angestellte und Unternehmer gehören zusammen. Um aber Irrtümer zu vermeiden und um zu verhindern, daß eine Wirrnis in die vorhandene Organisation kommt, möchte ich noch einmal mitteilen, daß die Mitglieder in den vorhandenen Verbänden ohne weiteres Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront sind, daß nicht gewünscht wird, ja sogar verboten wird, aus den Verbänden im Augenblick von selbst auszutreten und sich als Einzelmitglied in die Deutsche Arbeitsfront aufnehmen zu lassen. Wenn die Führung der Deutschen Arbeitsfront den Zeitpunkt für gekommen hält, auch den äußeren Rahmen der Verbände zu sprengen, so wird sie das tun.

Es wird angeordnet, daß, wer aus den Verbänden austritt, von seiner Dienststelle wieder in die Deutsche Arbeitsfront aufgenommen werden kann. Die Beiträge sowohl für die Einzelmitglieder wie für die Verbandsmitglieder sind selbstverständlich die gleichen. Es wird generell eine neue Beitragsordnung in der nächsten Zeit vom Schatzmeister der Deutschen Arbeitsfront herausgehen.

Neues vom Tage

Was die neue Volkszählung verrät

Berlin, 29. Nov. Wie das VöZ-Büro meldet, behandelt der Direktor im Statistischen Reichsamt, Friedrich Burgdörfer, im „Archiv für Bevölkerungswissenschaft“ wesentliche bevölkerungspolitische Probleme, soweit sie bereits aus der jüngsten deutschen Volkszählung vom 16. Juni d. J. sich übersehen lassen. Direktor Burgdörfer weist dann darauf hin, daß Deutschland durch den Krieg rund 6 Millionen Menschen verloren habe, nämlich 2 Millionen Gefallene, 0,75 Millionen Blodadeopfer und 3 bis 3,5 Millionen Geburtenausfall. Weitere 6,5 Millionen Einwohner des alten Reiches seien trotz ihres überwiegenden Deutschstums vom Reichgebiet abgetrennt worden, so daß die gesamte Bilanz des Weltkrieges und des Versailler Diktates für das Deutsche Reich mit einem Bevölkerungsvorteil von 12 Millionen abschließe. Trotzdem sei das Deutsche Reich auch heute noch, nach Ausklang der vorkriegsreiche Staat Europas, der sich auf rund 13 v. H. der europäischen Bevölkerung vereinige. Volkstums Grenzen und Staatsgrenzen deckten sich beim Volkstum am allerwenigsten, zumal nach dem Gewaltfrieden von Versailles. Im Ganzen gebe es auf der Erde rund 100 Millionen Volksdeutsche.

Die Brandkatastrophe in Spyr

Speyer, 29. Nov. In Speyer wehen die Fahnen auf Halb-mast; alle Veranstaltungen der nächsten Tage sind abgefragt. Die Stadt steht im Zeichen des schweren Brandunglücks in den Zellwäldern am Rhein, wo sieben brave, arbeitssame Menschen den Tod in den Flammen gefunden haben.

Am Mittwoch vormittag weckte der Gauleiter mit seinem Stabe in Speyer und beauftragte eingehend die Brandstätte. Er hat bereits eine Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Arbeitsopfer in die Wege geleitet und einen namhaften Betrag zur sofortigen Verteilung an die Angehörigen gezeichnet. Der Gauleiter hat angeordnet, daß die Beisetzung der sieben Toten in einem gemeinsamen Grabe erfolgen soll. Seit dem frühen Morgen weilt die Brandkommission an der Unglücksstätte. Die Brandursache steht noch nicht fest. Von den Opfern konnten bisher sechs geborgen werden. Vermißt wird noch der Elektrotechniker Cronis.

Schüge Schuhmacher auf deutschem Boden erschossen

Wien, 29. Nov. Wie die „Neue Freie Presse“ aus Kitzbühel meldet, wurden gestern auf der Edenalm gemeinsam von einer österreichischen und einer deutschen Kommission Erhebungen vorgenommen. Es wurde eine Vermessung des Grenzverlaufs vorgenommen, deren Ergebnis dahin geht, daß sich Reichswehrsofdat Schuhmacher, als ihn die tödliche Kugel traf, auf deutschem Boden befunden hat. Die Wulstschale befindet sich, wie festgestellt wurde, auf deutschem Boden in einiger Entfernung von der Grenze.

Beisetzung der beiden ermordeten Deutschen in Graubenz

Ungeheure Beteiligung der deutschen Bevölkerung
Graubenz, 29. Nov. Unter ungeheurer Teilnahme der deutschen Bevölkerung fand in Graubenz die Beisetzung der in der vergangenen Woche ermordeten deutschen Bürger, des Schmied-

Kampf um Rosenburg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein.

25. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Mieltisch! Jetzt können wir einmal genau vergleichen. Hier habe ich die Lohnlisten.“

Der Vergleich der Listen ergab, daß auf Rosenburg Löhne gezahlt wurden, die die Löhne für polnische Hofarbeiter weit überstiegen. Die Löhne der Schweizer hielten sich überhaupt in der Höhe der deutschen Schweizer.

„Was sagen sie nun, Herr Wachtmeister?“

Peter Mieltisch war ganz verstört.

„Ich... muß jetzt Bruck von der anderen Seite betrachten.“

„Nicht wahr! Gespannt bin ich nur auf die Ernte!“

Der Gendarm überlegte. Schließlich sagte er: „Daß etwa Bruck beiseite geschafft hat... ich glaube es kaum. Da wären schon irgendwie einmal Beobachtungen gemacht worden. Die Bauern hier passen gut auf und haben eine feine Nase. Die riechen sofort, wenn irgend etwas faul ist. Die gesamte Ernte ist immer an Henry Barbe, Getreidegroßhandlung in Breslau, verkauft worden.“

„Die Firma ist als sold bekannt?“

„Bis in die Fingerspitzen. Gegen Barbe ist nichts einzuwenden. Er zahlt auch keine Schmiergelder. Damit müssen Sie also rechnen... die gesamte Ernte ist immer ordnungsgemäß umgesetzt worden. Aber... mir kommt eben ein Gedanke, Herr von Kamerling!“

Alle sahen den Gendarmen gespannt an.

„Fahren Sie doch einmal nach Bialkowitz. Sehen Sie im Kataster nach, lassen Sie sich einen Katasterauszug machen und vergleichen Sie Ihr Besitzverzeichnis mit dem Katasterauszug.“

„Ich besitze einen Katasterauszug.“

„Ganz gleich, holen Sie einen neuen ein. Sie haben auch

Glück, der Katasterbeamte Obersekretär Scholte, ist in Urlaub. Es ist ein Vertreter da.“

„Was soll das bedeuten?“

„Das heißt... Obersekretär Scholte... übrigens ein verjoffenes Genie... ist ein spezieller Freund von Inspektor Bruck.“

„Sie meinen...?“

„Daß vielleicht der Katasterauszug, den Ihnen Scholtes Vertreter macht, nicht ganz mit dem Auszug... den Sie hier liegen haben... übereinstimmt.“

Die drei Männer sahen sich an.

„Es ist bedauerlich, was sie sagen, Herr Mieltisch!“

Der Beamte nickte ernst. „Ja! Ja... sage es Ihnen... ich habe nur einen Gedanken. Ob etwas dran ist, das läßt sich nicht sagen. Ich bin nur durch die Löhne der Polen, die Bruck zahlte, stutzig geworden.“

„Es sind Ihnen Zweifel an der Ehrlichkeit Brucks, die bisher für Sie absolut feststand, aufgefliegen?“ fragte Willfried.

„Ich kann es nicht leugnen! So ist es!“

„Ihrem Vorschlag werde ich unbedingt entsprechen. Heute komme ich nicht dazu, aber in einigen Tagen hole ich den Katasterauszug ein.“

Fünftes Kapitel.

Abend über Rosenburg.
Ein stiller, warmer Abend. Raun ein Lüftchen wehte. Willfried hatte bestimmt, daß vorläufig das ganze deutsche Personal im kleinen Saale mit ihm zusammen speisen solle.

Er richtete vor dem Essen eine kleine Ansprache an sie. „Wir sind jetzt aufeinander angewiesen. Die nächsten Tage werden uns nicht leicht werden, denn wir sind ihrer wenige, die die Arbeit auf dem Gute schaffen sollen. Drum möchte ich, daß wir die Tage auch bei den Mahlzeiten zusammen sind. Ganz gleich, ob Herr oder Knecht. Jeder, der seine Pflicht tut und Herr über sich selbst ist, der ist ja im Grunde genommen, überhaupt ein Herr. Wir werden jetzt die Mahlzeiten gemeinsam einnehmen. Aber es wird nicht

lange dauern, da kommt uns Hilfe. Die Reichswehrbrigade Breslau schießt uns vorläufig auf vier Wochen 40 bis 50 Reichswehrsoldaten, die in den landwirtschaftlichen Arbeiten erfahren sind. Dann wirds für euch alle besser. Nach und nach werde ich dann deutsche Landarbeiter heranziehen. Ich will, daß Rosenburg ein rein deutsches Gut ist, schon weil es so dicht an der Grenze liegt. Auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten, meine Freunde!“

Er hob sein Glas und trank ihnen zu.

Sie taten ihm alle gern Bescheid. Sie achteten und liebten ihn als Herrn, denn er war gerecht und menschlich in allem.

Nach dem Essen saß Willfried zusammen mit Schaffranz und dessen Tochter Else auf dem Altan.

Die Männer rauchten eine Zigarre. Still und friedlich saßen sie.

Else hatte sich eine Handarbeit mitgebracht.

„Die Mansell ist wohl schon geschlafen gegangen, Fräulein Else?“ fragte Willfried.

„Ja! Sie ist nicht mehr die Jüngste. Sie wissen ja, wie sie heute beim Welken mitgeholfen hat.“

Anerkennend nickte Willfried. „Ich weiß es und werde es Frau Rosellen nicht vergessen. Aber ich werde auch daran denken, wie prachtvoll unser neuer Hausgeist die ganze Küche den Tag über allein versorgt hat.“

Else wurde rot, Schaffranz freute sich.

„Es macht mir Freude, Herr von Kamerling!“ sagte das Mädchen. „Und es ist ein so schönes Schaffen. Es fehlt an nichts. Ich glaube, man wird selten eine so praktische Küche finden. Da laßt einem ja das ganze Herz im Leibe. Zehnerlei Arbeiten kann man zu gleicher Zeit machen. Die Küchenmotoren arbeiten. Sie schälen Kartoffeln, sie wiegen das Gemüse, sie rollen die Nudeln. Eine elektrische Küche ist doch etwas vorzügliches. Haben Sie die eingelernt, oder Ihr Herr Vater?“

(Fortsetzung folgt.)

meißers Krümm und des Justallateurs Kieboldt statt. Die völlig überfüllte deutsche evangelische Kirche mußte abgepfarrt werden, je daß mehrere tausend Menschen keinen Einlaß mehr fanden. Die beiden Särge waren vor dem Altar aufgebahrt. Pfarrer Dibel hielt die Trauerpredigt, in der er u. a. ausführte, daß die beiden Toten als aufrichtige Männer ihr Leben für ihre Väter gelassen hätten. Nicht Haß solle aus dem Blute der beiden Märtyrer erwachsen, sondern der Wille zum geschlossenen Zusammenstehen für die Freiheit des Glaubens und des Volkstums. Im Namen der deutsch-evangelischen Kirchenbehörde sprach Superintendent Bildt, der betonte, die deutsche Minderheit werde furchtlos und entschlossen ihren Weg weitergehen in der Hoffnung, daß die furchtbaren Folgen der blutigen Ausschreitungen dazu beitragen mögen, all den Haß, der dahin geführt hat, zu überwinden und zu einem verständnisvollen Zusammenleben der beiden Völker zu gelangen.

Der Trauerzug von der Kirche zum Friedhof wurde zu einer Kundgebung, wie sie Graudenz seit der Abtretung vom Reich noch nicht erlebt hat. Der Zug war über einen Kilometer lang und Tausende umsäumten in ehrfurchtsvollem Schweigen die Straßen. Insgesamt nahmen wohl annähernd 10 000 Deutsche teil. Es muß anerkannt werden, daß die polnische Polizei nach den Vorgängen der vergangenen Woche alle Vorkehrungen getroffen hatte, um durch umfassende Überwachungen einen würdigen Verlauf der Trauerfeierlichkeiten zu sichern.

Aufs tiefste erschütternd war die Feier, bei der Pfarrer Gürtler die feierlich ergriffene Menge an die Vergangenheit der Stadt Graudenz erinnerte und sie zur Opferbereitschaft ermahnte. Herr von Wilsleben legte dann den Schwur ab, daß die deutsche Minderheit für die Hinterbliebenen der Toten sorgen werde. Mit dem Gesang der drei Strophen des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden“ wurde die Trauerfeier bei Einbruch der Dunkelheit beendet. Die polnischen Behörden haben inzwischen die Untersuchung aufgenommen und 16 der Mitwirkung an den blutigen Überfällen verdächtige Personen verhaftet.

Mißglückte Kommunistendemonstration vor der Pariser deutschen Botschaft

Paris, 29. Nov. Der Versuch einer kommunistischen Demonstration gegen die deutsche Botschaft in Paris konnte in der Nacht zum Mittwoch von der Polizei unterbunden werden. Etwa 150 Personen waren gegen 23 Uhr aus der der Botschaft am nächsten gelegenen Untergrundbahn-Haltestelle hervorgebracht und halten versucht, die Rue de Lille zu erreichen. Sie wurden aber von der Polizei zerstreut. Einige Plakate, die als Wurfgeschosse gegen die Botschaft dienen sollten, erreichten nur die Nachbarhäuser. Es wurden Rufe laut wie „Nieder mit dem Faschismus“, „Befreit Dimitroff“ und dergleichen. Zehn Personen, darunter zwei Bulgaren und ein Italiener, sind verhaftet worden.

Sieben Todesopfer bei einem Fabrikbrand

Speyer, 29. Nov. In der Zellulosefabrik Speyer brach am Dienstag nachmittag in einem Gebäude, das hauptsächlich mit Rohstoffen gefüllt war, Feuer aus. Es ereignete sich kurz nach 16 Uhr in der Aufbereitung der Cellulosefabrik eine Explosion. Eine mächtige Stichflamme schlug durch die Fenster des Wertes über eine Werkstraße hinweg in ein etwa 20 Meter entfernt liegendes anderes Werkgebäude. Eine andere Stichflamme durchschlug die Wand zu dem angrenzenden Naphthalinraum. Hier gerieten Rohmaterialien in Brand und verursachten eine weitere Explosion, die einen Teil der Mauer einbrückte und das Dachgebälk in Brand setzte. In der Aufbereitung erfolgte später eine dritte Explosion, wobei ein Rührkessel in die Luft flog. In der Aufbereitung fand man drei Arbeiter tot vor. Vier weitere Arbeiter sind gleichfalls ums Leben gekommen, doch hat man die Leichen bisher noch nicht finden können. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt.

Umgestaltung des Deutschen Roten Kreuzes

Berlin, 29. Nov. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, von Winterfeldt-Mentlin, hat nach Zustimmung durch die Reichsregierung für das Deutsche Rote Kreuz eine neue Satzung erarbeitet. Die Satzung soll im Sinne der Grundzüge des nationalsozialistischen Staates zur kräftigeren Zusammenfassung aller Organisationen und Kräfte führen.

Außenminister Paul Boncour bedauert Kommunistendemonstration vor der deutschen Botschaft

Paris, 29. Nov. Außenminister Paul Boncour hat dem Botschafter des Deutschen Reiches wegen der kommunistischen Demonstration vor der deutschen Botschaft sein Bedauern zum Ausdruck bringen lassen.

Rücktritt des spanischen Justizministers

Madrid, 29. Nov. Justizminister Botella Añesi ist zurückgetreten. Unterrichtsminister Barnes hat das Amt des Justizministers übernommen.

Der Oberbürgermeister von Berlin in der Deutschen Arbeitsfront

Berlin, 29. Nov. Oberbürgermeister Dr. Sahm hat an den Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: Ihr Aufruf gibt mir Veranlassung, mich als Oberbürgermeister der Reichshauptstadt und damit als größter Arbeitgeber von Berlin zum Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront zu melden.

Stabschef Röhms Ehrenbürger Bayerns

München, 29. Nov. Der bayerische Ministerpräsident Siebert hat dem Stabschef Röhms zu seinem 46. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche der Staatsregierung ausgesprochen und ihm zugleich mit einer prächtigen Blumenpende eine künstlerisch ausgestattete Ehrenbürgerurkunde überreicht, durch die Stabschef Röhms das Ehrenbürgerrecht des Freistaates Bayern verliehen wird.

Unfall in der Grube Karolus-Magnus

Nachen, 29. Nov. Von der preussischen Bergbehörde wird mitgeteilt: In einem Abbaubetrieb der Grube „Karolus Magnus“ in Palenberg fiel in der Mittwochmorgen-Schicht ein Bruch, durch den ein Viertel der dort beschäftigten Leute abgeschnitten wurden. Mit den Eingeschlossenen steht man durch Klovseichen in Verbindung. Anscheinend ist niemand verletzt. Es wird bekannt, daß 18 Bergleute eingeschlossen sind. Die Rettungsarbeiten sind in vollem Gange. Es besteht die Hoffnung, daß die Eingeschlossenen, für die keine Lebensgefahr bestehen dürfte, im Laufe des Abends befreit werden.

Einberufung des Reichstags zum 12. Dezember

Berlin, 29. Nov. Der Präsident des Reichstages der 8. Wahlperiode, Reichsminister Göring, teilt mit: Aufgrund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neugewählte Reichstag berufen, am Dienstag, den 12. Dezember 1933 nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten.

Der 500 000. Volksempfänger für den Führer

Berlin, 29. Nov. Die deutsche Funkindustrie hat beschlossen, dem Volksempfänger VE 301 das fünfte Hunderttausend aufzulegen. Dem Führer, Reichkanzler Adolf Hitler, wird der 500 000. Volksempfänger als Ehrengabe von der Funkindustrie überreicht werden. Den 500 001. Volksempfänger soll der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, erhalten.

Lokales

Wildbad, den 30. Nov. 1933.

— Eine kurze Adventszeit. Da in diesem Jahre das Weihnachtsfest auf einen Montag fällt, trifft der erste Adventssonntag erst auf den 3. Dezember. Wir haben also in diesem Jahre mit dem Heiligen Abend (Sonntag, den 24. Dezember) wohl 4 Adventssonntage, aber nur 3 Adventswochen. Im Jahre 1932 hat die Adventszeit 28 Tage gedauert, heuer dagegen nur 22 Tage. Da der Heilige Abend auf Sonntag, den 24. Dez. fällt, haben wir an Weihnachten drei Feiertage.

— Erweiterte Gültigkeit der Sonntagsrückfahrkarten über Maria Empfängnis. Die zum Feiertag Maria Empfängnis (8. Dez.) ausgegebenen Sonntagsrückfahrkarten werden in die Gültigkeitsdauer der zum Sonntag (10. Dez.) ausgegebenen Sonntagsrückfahrkarten einbezogen. Die Karten gelten hiernach zur Hinfahrt vom Donnerstag, 7. Dezember, 12 Uhr bis zum 10. Dezember und zur Rückfahrt vom 7. Dezember bis zum Montag, 11. Dezember, 12 Uhr.

— Fastnachtstribunen 1934. Nach einer demnächst im Regierungsblatt erscheinenden Verordnung des Württ. Innenministeriums ist auch für 1934 jedes Fastnachtstreiben, insbesondere jede Art von Faschingsumzügen, auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Auf das harmlose öffentliche Fastnachtstreiben von Kindern unter 14 Jahren erstreckt sich das Verbot nicht. Für die in einzelnen Orten des Landes üblichen althergebrachten Faschingsumzüge können die zuständigen Oberämter Ausnahmen von dem Verbot zulassen.

Für Fastnachtsveranstaltungen jeder Art, insbesondere Masken- und Kostümbälle, dürfen die zuständigen Behörden vor dem 20. Januar 1934 weder Taugenlaubnis noch Verlängerung der Polizeistunde noch die etwa erforderliche Erlaubnis zum Müßiggieren erteilen.

Im übrigen sind die Polizeibehörden angewiesen, dafür zu sorgen, daß bei den zugelassenen Veranstaltungen alle Auswüchse unterbleiben, insbesondere daß die halbwegsige Jugend und Personen, die in ungeeigneter Kleidung erscheinen oder sich unziemlich benehmen, ferngehalten oder entfernt werden.

Württemberg

Abschied vom Württ. Landtag

Stuttgart, 29. Nov. Die alten Länderparlamente haben aufgehört zu bestehen. Der am 12. November gewählte Reichstag wird den Gesetzesbeschlüssen befähigen, was inzwischen in der Praxis bereits verwirklicht wurde, um der kommenden Reichsreform die Wege zu ebnen. Zu einer würdigen Abschiedssitzung im Plenarsaal des Landtages mit anschließendem geselligem Zusammenstehen hat, wie der „NS-Kurier“ berichtet, der seitherige Landtagspräsident, Staatssekretär Waldmann, die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion zusammengerufen. Diese Abschiedssitzung bedeutete für den Halbmondsaal den Schlußakt einer Jahrhunderte alten Tradition. Staatssekretär Waldmann gedachte zunächst in bewegten Worten des Ablebens der Gattin des Ministerpräsidenten Mergenthaler und gab dann mit Laune und Humor einen geschichtlichen Rückblick über den württembergischen Parlamentarismus unter besonderer Würdigung der Arbeit der nationalsozialistischen Vertreter im Württ. Landtag, an ihrer Spitze der Professor Mergenthaler, der von 1929 bis 1932 gegen sämtliche anderen Parteien als einziger nationalsozialistischer Abgeordneter einen vorbildlichen Kampf führte. Vom April 1932 an kämpften 22 Parteigenossen im württembergischen Parlament, im März d. J. wuchs ihre Zahl auf 26. Zum Schluß betonte der Redner, daß man am Beginn einer neuen Epoche stehe. Die Württemberger können am ehesten von allen deutschen Stämmen dem Neuerwerbenden volle Zustimmung geben, denn schon seit 60 Jahren singe man in Schwaben: das ganze Deutschland ist mein Vaterland. Der Redner sprach schließlich im Namen des Reichstagspräsidenten Murr den Abgeordneten den Dank für ihren Kampf als Vertreter des württembergischen Volkes aus. Der seitherige Fraktionsführer, stellv. Gauleiter Schmidt, sprach herzliche Worte der Kameradschaft und der Treue und Verbundenheit und schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Sieg-Heil auf den Führer und das einigende Deutschland.

Auf der Suche nach den Mördern Feuerheims

Stuttgart, 29. Nov. In der Mordfrage Feuerheims gestalten sich die Ermittlungen der Kriminalpolizei besonders schwierig. Die Aufforderung an die Bevölkerung zur Mitarbeit bei der Fahndung nach den Tätern hatte zwar eine außerordentlich starke Beteiligung zur Folge, so daß bis jetzt schon mehrere hundert Mitteilungen eingegangen sind, die sich aber leider durchweg als nicht stichhaltig erwiesen haben. Wenn man, was nach Sachlage nötig ist, davon ausgeht, daß die Täter orts- und lokalunfähig waren und die Tat bis in alle Einzelheiten überlegt und planmäßig gehandelt haben, so ergibt sich in erster Linie folgende Fragestellung: Wo waren junge Leute, auf welche die bekannteste gegebene Personenbeschreibung wenigstens einigermaßen zutrifft.

am Freitag abend, den 17. November 1933, von 6—9 Uhr, und am Samstag morgen, den 18. November 1933, von 8—10 Uhr in auffälliger Weise abwesend? Wo fehlten seit der Tat (18. November) männliche Familienangehörige, Kogisherrn, Angestellte, Koft- und Schlaßgänger etc.? Wer von solchen Personen fällt seither durch zurückgezogenes oder scheues Wesen oder durch verdächtigen Geldbesitz auf? Wer von solchen Personen kann Auto fahren oder war im Besitz einer Selbstladepistole, Kaliber 7,65 Millimeter? Bei wem wird seit der Tat eine ältere Altkennmappe vermisst, wie solche in dem heute erfolgenden Platanenschlag abgebildet ist?

Stuttgart, 29. Nov. (Spenden für das Winterhilfswerk.) Bei der Landesführung Württemberg und Hohenzollern des Winterhilfswerks sind lt. Verzeichnis Nr. 26 an Spenden in der letzten Zeit 18 192 RM. eingegangen, darunter 9000 RM. von den Vereinigten Kugellagerfabriken AG., Schweinfurt, Werk Cannstatt, 5000 RM. von der Eisen-Zugs GmbH, Stuttgart und 2000 RM. von der Ed. Züblin u. Cie AG., Bauunternehmung, Stuttgart. Außerdem sind noch Warenspenden im Wert von über 1000 RM. gemacht worden.

Welturaufführung. Im Univerjum, dem führenden Lichtspieltheater Süddeutschlands, findet am 30. November die Welturaufführung von „Schwarzwalddädel“ (Produktion Ariel-Film) statt. Zu dieser Vorstellung sind die Landesregierungen von Württemberg und Baden geladen. „Schwarzwalddädel“ wird die erste verfilmte deutsche Volks- und Heimatoperette sein.

Fernbeben. Die Instrumente der Stuttgarter Erdbebenwarte (Villa Reigenstein) haben am Dienstag wieder ein stärkeres Fernbeben aufgezeichnet. Die erste Vorkläuferwelle traf in Stuttgart um 12 Uhr 16 Minuten 49 Sekunden ein, die zweite um 12 Uhr 22 Minuten 36 Sekunden. Der Herd ist im Grenzgebiet von Persien, Turkestan und Afghanistan zu suchen.

Esslingen, 29. Nov. (Der neue Defan.) Sicherem Vernehmen nach wurde als Nachfolger des nach Stuttgart beforderten Defans Dr. R. Lempp zum Defan in Esslingen Theodor Schlatter, Dozent an der theologischen Schule in Bethel bei Bielefeld, ausersehen. Schlatter ist als Sohn des späteren Professors Dr. A. v. Schlatter in Bern am 2. Juni 1885 geboren und war 1914—1923 zweiter Stadtpfarrer an der Stiftskirche in Tübingen.

Kleinengkingen, Oß. Reutlingen, 29. Nov. (Adolf Hitler-Turnhalle.) In diesen Tagen wurde nach nur 6wöchiger Bauzeit das Richtfest für die auf den Mauern des „Schafhauses“ errichtete neue Turnhalle, die 32 Meter lang, 12 Meter breit und 10 Meter hoch ist, begangen. Bürgermeister Stoof verlieh dem Bau den Namen „Adolf Hitler-Halle“.

Mainhardtsall, Oß. Döhringen, 29. Nov. (Von der Transmission erfaßt.) Das 14jährige Lötchertchen des Landwirts Friedrich kam mit ihren Füßchen der Transmission an der Drehschmaschine zu nahe und wurde von ihr erfaßt. Dabei wurde dem Mädchen die halbe Kopfhaut abgerissen. Außerdem erlitt es noch einen Schädelbruch. Im bedenklichem Zustand liegt es im Bezirkskrankenhaus daheim.

Eßlingen, Oß. Mergentheim, 29. Nov. (Durch Starbström getötet.) Frau Margaretha Göb, die hier ihren Verwandten bei der Wäsche half, kam mit der elektrischen Leitung in Berührung, was ihren sofortigen Tod herbeiführte. Trotz mehrstündiger Wiederbelebungsversuche war sie nicht mehr ins Leben zurückzurufen. Sie stand im 42. Lebensjahr und war Mutter von drei Kindern.

Gmünd, 29. Nov. (Erbgundheitsgericht.) Wie die „Reims-Zeitung“ erfährt, wird in der Stadt Gmünd im Rahmen der Durchführung des „Reichsgesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom 14. Juli 1933 (Sterilisierungsgesetz) ein Erbgundheitsgericht Gmünd errichtet. Es wird dem Amtsgericht Gmünd angegliedert.

Ulm, 29. Nov. (Neuer Führer.) Als Nachfolger des tödlich verunglückten Wilhelm Reith ist der Führer des Unterbannes 620 Biberach, Hans Kalle, zum Bannführer des Bannes Donau-Land ernannt worden.

Ulm, 29. Nov. (Bijamratten.) Wie das Ulmer Tagblatt erfährt, wurden kürzlich von dem amtlich bestellten Bijamrattenfänger J. Kederer oberhalb Ulms an der Donau untrüglige Anzeichen dafür festgestellt, daß die Bijamratte bereits bis nach Ulm vorgezogen ist. Während das Gebiet der unteren Iller frei von Bijamratten war, wurden in der Nähe der Kramerschen Fabrik untrüglige Zeichen der Anwesenheit von Bijamratten entdeckt. Der Umfang der Zerstörungen läßt vermuten, daß es sich vorerst nur um eine geringe Zahl von Tieren handelt.

Crafsheim, 27. Nov. (Tragisches Schicksal.) Der in den 50er Jahren stehende, in Ulm a. D. bedienstete Lokomotivführer Schwarzkopf wurde am Sonntag vormittag im hiesigen Maschinenhaus, mitten im Dienst auf der Lokomotive, von einem Schlaganfall betroffen, der seinen als baldigen Tod zur Folge hatte.

Schwendi Oß. Laupheim, 27. Nov. (Drei Wohngebäude eingestürzt.) Am Samstag abend wurde die Einwohnerschaft durch Feueralarm in Schrecken versetzt. Das Feuer nahm seinen Anfang in dem angebauten Stallgebäude des dem Tagelöhner Alois Brehel gehörigen Wohnhauses und dehnte sich mit rasender Schnelligkeit aus. Um 10 Uhr abends waren drei im Holzschwerbau errichtete Häuser bis auf die Grundmauern abgebrannt. Als Brandursache wird ein Herunterfallen der brennenden Stallterne angenommen, wodurch sich dann die Streu entzündete. Drei Familien und zwei eingestehende alte Leute sind durch das Brandunglück obdachlos geworden und in bittere Not geraten. Der Gebäudeschaden dürfte insgesamt etwa 10 000 RM. betragen.

Wetter für Freitag

Infolge des östlichen Hochdrucks ist für Freitag zeitweilig heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Schwarzes Brett

Winterhilfswerk Wildbad.

Wegen des kalten Eintritts findet am Freitag den 1. Dezember 1933, nachmittags 4 Uhr, eine Verteilung von Kohlegutscheinen im Gemeindefaal statt. Die Empfänger werden benachrichtigt. Nicht eingelöste Gutscheine für Kohlen und Briketts sind mitzubringen, sie werden gegen neue umgetauscht.

Dr. Thompson's Schwan

Die billige Waschkraft

Ein Viehkäufer, der mit ungedeckten Schecks bezahlt Pfällingen, 29. Nov. Vor etwa acht Tagen trat in der Gemeinde Mehrstetten O.A. Müllingen ein gut gekleideter Herr auf und stellte sich als Viehkäufer vor. Da er ziemlich gut bezahlt, boten ihm die Bauern ihr Vieh an. Sie waren jedoch sehr erstaunt, als sie mit Schecks bezahlt wurden und trauten der Sache nicht. Schließlich fragte einer telephonisch bei der Bank an, ob für die Schecks auch eine Deckung vorhanden sei, als dies verneint wurde, hielt man dies dem Verkäufer vor. Dieser spielte jedoch den Entrüsteten und betonte, es müsse sich um eine falsche Auskunft handeln, er werde sofort zur Bank fahren und Bargeld mitbringen. Nach kurzer Zeit rief dann auch die Bank an, es sei ein sehr großer Kredit vorhanden. So konnte man das Vieh ruhig verladen. Als man aber der Bank andern Tags die Schecks vorlegte, da war von einem zweiten Telefongespräch nichts bekannt und die Bauern waren die Betroffenen. Der noble Viehkäufer hatte aber auch, wie der "Schabote" berichtet, ein Auto benützt, das er von einem Reutlinger gemietet hatte. Als er das Auto nicht mehr brauchte, schickte er es kurzerhand, natürlich ohne zu bezahlen, zurück. Der Besitzer fuhr daraufhin nach Stuttgart, um den Schwindler, von dem er wusste, dass er in einem bestimmten Lokal verkehrt, zu fassen. Er fand ihn auch und forderte ihn auf, seine Schuld zu bezahlen. Die Aufforderung wurde von dem Gefesteten als große Unverschämtheit empfunden. Ein Kriminalbeamter ging der Sache schließlich auf den Grund. Und siehe da, auf einmal war Geld vorhanden und die Automiete wurde in bar bezahlt. Als man nun der Kriminalpolizei einen Zeitungsausschnitt, in dem von den Schwindleleuten in Mehrstetten die Rede war, vorlegte, wurde der Fall für den Betrüger heißer und man behielt ihn vorläufig in Haft, um sich noch etwas näher mit der Mehrstetter Angelegenheit zu beschäftigen.

Aus dem Gerichtssaal

Unbelehrbare Volksgenossen

Stuttgart, 29. Nov. Das Sondergericht für Württemberg hatte sich wiederum mit einer Reihe von Angeklagten zu beschäftigen, die sich Verleumdungen gegen die Reichsregierung hatten zuschulden kommen lassen. Außerdem stand noch ein Fall wegen Verbreitung verbotener kommunistischer Druckschriften auf der Tagesordnung. Bei den Verleumdungen handelte es sich in der Hauptsache um die bekannten dumme-dreisten Lügen gegen die Regierung. Nur in einem Falle, in dem sich der 53 Jahre alte Fläschner Georg Heller von Groß-Söden zu verantworten hatte, bildete der Gegenstand der Verhandlung eine Ausnahme, aber auch in diesem Falle konnte die Verleumdung nicht besonders

Alles, was zu einer guten Suppe gehört, enthalten MAGGI'Suppen



MAGGI'Suppen sind im großen so hergestellt, wie die Hausfrau eine gute Suppe im kleinen zubereitet. 1 Würfel für 2 Teller kostet nur 10 Pf.

tragisch genommen werden, denn es handelte sich mehr um ein dummes als um ein böswilliges Geschwür. Der Angeklagte hatte den grandiosen Blödsinn verzapft, Reichkanzler Adolf Hitler existiere gar nicht, sondern diesen Namen habe sich Prinz Wilhelm von Preußen zugelegt. Außerdem hatte er in einer Wirtshaft die Behauptung aufgestellt, die für die Winterhilfe gemachten Spenden kämen durchweg nur zu den großen Junkern nach Ostpreußen. Diese leichtfertigen Behauptungen trugen ihm drei Monate Gefängnis ein. In den übrigen Fällen bewegte sich der Strafrahmen zwischen drei und sechs Monaten.

Verstümmelter Mord

Elwangen, 29. Nov. Vor dem Schwurgericht hatte sich der 30jährige ledige Landwirt Wilhelm Besser von Amlishausen O.A. Gerabronn wegen versuchten Mordes u. a. zu verantworten. Der Angeklagte hing im April 1932 mit einem Mädchen ein Verhältnis an. Nach der Geburt eines Kindes äußerte der Angeklagte, daß entweder er oder das Kind das Leben lassen müsse. Am 19. Oktober 1933 drang er in die Wohnung der Eltern der Kindsmutter ein und stürzte mit vorgehaltener Pistole an den Kinderwagen und zielte an die Stelle, wo er den Kopf des Kindes vermutete, sah aber dann, daß das Kind sich nicht im Wagen befand. Hierauf suchte er nach im Bett der Eltern des Mädchens, aber auch hier ohne Erfolg. Das Kind wurde von der Schwester der Mutter auf die Hilfe rufe herbeigeeilten Nachbarn zum Fenster hinausgegeben; die Mutter des Kindes war zum Nähen auswärts. Nur dem Umstand ist es zu verdanken, daß das Kind noch lebt. Der Angeklagte wurde wegen eines Verbrechens des versuchten Mordes zu der Gesamtstrafbaustrafe von drei Jahren und vier Monaten verurteilt.

Zehn Todesurteile in Dessau

Dessau, 29. Nov. Nach vierstündiger Beratung verurteilte am Dienstag das Schwurgericht Dessau im Beklinger Mordprozess (Erschießung des SA-Mannes Cieslik) zehn angeklagte

Kommunisten wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode und zum dauernden Verlust der Ehrenrechte. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Schon im Juli v. J. waren drei Kommunisten wegen dieses Mordes zum Tode verurteilt worden.

In der Begründung des Urteils heißt es u. a.: Die in der Wahlkammer von Thalmann versammelten Kommunisten haben hier die Verabredung getroffen, einen Feuerüberfall auf die Nationalsozialisten vorzunehmen und zu diesem Zweck sind zwei Teilnehmer hinausgeschickt worden. Sie haben dort Volkes gefaßt und dann das Herannahen der Nationalsozialisten vermeiden. Das Gericht hat festgestellt, daß von den 10 Angeklagten Gast und Schrage gestochen haben. Die anderen Angeklagten haben zwar nicht geschossen, aber sie haben die Tat ebenfalls gewollt. Sie mühen deshalb künftlich als Mittäter verurteilt werden. Dem Angeklagten Wilkus konnte dagegen die Teilnahme an der Tat nicht nachgewiesen werden.

Mergern der Schwiegermutter mit dem Tode bestraft

Die Ehrsucht vor den Eltern, Großeltern und sonstigen Vorfahren acht im Reich der Mitte bekanntlich sehr weit, zuweilen aber wohl auch zu weit, wie eine Gerichtsverhandlung in Kweijana kürzlich zeigte. Vor den Schranken des Gerichts stand ein junges Ehepaar. Der Mann war beschuldigt, die Hand gegen die eigene Mutter erhoben und die alte Frau geschlagen zu haben. Erschwerend kam hinzu, daß er sich dazu einer der alten hölzernen Akzentalein bedient hatte, wie sie in jedem besseren chinesischen Hause zu finden sind. Die Mutter nahm sich das rohe Benehmen ihres Sohnes so zu Herzen, daß sie sich am gleichen Tage noch mit Opium vergiftete. Nachbarn brachten den mitleidigen Sohn zur Anzeige, und der Richter verurteilte ihn ohne langet Besinnen zum Tode. Offenbar, um reinen Tisch zu machen, sprach er das gleiche Urteil auch gegen die Frau des Angeklagten aus, die an dem Streit zwischen Mutter und Sohn zwar völlig uneteiligt war, gegen die indessen gute Freunde und vor allem wohl Freundinnen die Beschuldigung erhoben, sie habe ihre Schwiegermutter häufig geärgert. Eine solche Beschuldigung ist schwer zu entkräften, vor allem, wenn die angeblich geärgerte Schwiegermutter bereits unter der Erde liegt. So wird auch die unglückliche junge Frau daran glauben müssen. — Für Schwiegermütter scheint China wirklich das gelobte Land zu sein.

Entlassen: Den Fachlehrer Lipp an der Landwirtschaftlichen Lehr- und Fortschungsanstalt Wangan i. Württemberg.

In den Ruhestand: Den Bezirksbaumeister D a k l e r bei dem Bezirksbauamt Tübingen.

Wollmatratzen von Mk. 30.— an
Kapokmatratzen von Mk. 50.— an

Chaiselongues in allen Preislagen
Gute Werkstattarbeit
Zeitgemäße Preise
Reelle Waren

Tapezier- und Polstermöbelgeschäft
Wilh. Fahrback
Rennbachstraße 17 / Telephon 280

Sofas, Chaiselongues, Bett-Chaiselongues
Klubsessel in Stoff und Leder
Couchs in allen Preislagen

Ausführung aller Tapezierarbeit. Legen von Linoleum
Aufarbeiten und modernisieren von Polstermöbel
Anfertigen modern. Dekorationen in allen Preislagen

Ständiges Lager in Polstermöbel

Lassen Sie sich unverbindlich beraten
Ehstanddarlehensscheine werden angenommen

Musikalische Feierstunde

veranstaltet im Auftrage der „Russischen Bruderschaft vom
Russischen Kirchenchor Berlin

Chorleitung: W. Negramotnow
Ansprache: Prediger Nicolai Orloff oder
Reisefekretär N. Bunjakowsky über das Thema: Brüder in Not

Die Veranstaltung findet statt
am Freitag, 1. Dezember, abends 8 Uhr, in der Ev. Kirche
Eintritt: für Erwachsene 30 Pfg., für Erwerbslose 20 Pfg.
für Schüler 20 Pfg.

KAUFHAUS SCHOCKEN
PFORZHEIM

Hyazinthen-Zwiebel
verschiedene Farben, besonders große Zwiebel Stück 0.19

Treibglas mit oder ohne Fuß 0.18
ca. 19 cm hoch

Zwangsversteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am Freitag den 1. Dezember, 15 Uhr:

- 1 Klubsessel
- 1 Grammophon
- 1 Schreibtisch
- 1 runder Tisch
- 1 Nähmaschine.

Zusammenkunft: Pfandlokal.
Gerichtsvollzieher Lauder.

Freibank.

Freitag nachm. von 3 Uhr ab
Ruhfleisch
das Pfund 30 Pfg.

Zimmer

1 eventuell 2 gut möblierte
sofort zu mieten gesucht.
Angebote unter Sp. 280 an die Tagblattgeschäftsstelle erb.

Sämtliche Geschäfts- u. Familien-Drucksachen

liefert schnell und preiswert
die Druckerei des Wildbader Tagblatt.

Damen-Samschuhe
Spangon-, Binde-,
schuhe u. Pompschuhe
z. T. mit kleinem Schönschlepp
hilfsfehlern

Paar 2.25
KNOPF
Pforzheim

W.V.W.
Morgen Freitag nachmittag 5 Uhr
Zusammenkunft
„Alte Linde“

Metall-Betten
Holz-Betten
Stahlmatr., Kinderbetten, Schlafzimmern, Chaiselongues anPrivate, Ratenzahlung. Katalog 2168 frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Der Herr läßt die Aegnei aus der Erde wachsen und ein Vernünftiger verachtet sie nicht.
Strach, 33. Kap. 4. Vers.

trinken Sie

Deshalb wenn Sie Ihre Gesundheit, dieses höchste Gut der Welt erhalten oder wiedererlangen wollen, jetzt im Herbst eine der 4 Sorten des aus allerbesten, giftfreien Heilkräutern vom Fachmann hergestellten

Rhöner Gebirgskräuter-Tee

Es gibt folgende 4 verschiedene Sorten:

- Nr. 1** Gegen Nichte, Rheumatismus, Zahns, Herzschmerz, Nervenverfallung, Magen- und Darmbeschwerden, Appetitlosigkeit, Nieren- und Blasenleiden usw.
- Nr. 2** Gegen Nervosität, Bleichsucht, Kopfschmerzen, Hämorrhoiden, Krampfadern, geschwollene Beine, Wasser sucht, Fettleibigkeit u.
- Nr. 3** Gegen Grippe, Husten, Verkeimung, Bronchialkatarrh, Asthma, Lungenleiden u.
- Nr. 4** Zur Blutreinigung und -verbesserung, gegen Schlaflosigkeit, Verkopfung und Hautunreinigkeiten.

Rhöner Gebirgskräuter-Tee ist im In- und Ausland seit Jahren als ganz hervorragend bekannt, deshalb lassen Sie sich nicht irgend einen andern Tee geben, sondern verlangen Sie ausdrücklich „Rhöner Gebirgskräuter-Tee“. Er hat Tausenden geholfen und hilft auch Ihnen.

Zu haben in den Apotheken, in Wildbad bestimmt Stadtapotheke.

Sonntag den 3. Dezember
in der städt. Turn- und Festhalle in Wildbad

Advents-Feier

des
Winterhilfswerks der NSDAP.
unter gütiger Mitwirkung der hiesigen
Bereine und Organisationen.

Anfang 3.30 Uhr.

Künstlerische Darbietungen! Ueberraschungen!
Lotterie mit günstigen Gewinnmöglichkeiten!

1 Tasse Kaffee 20 Pfg. Belegte Brote 20 Pfg.
1 Std. Kuchen 20 Pfg. 1 Glas Bier 22 Pfg.

Es wird gebeten, nicht vorher zu Haus Kaffee zu trinken!

Eintritt mit Programm 10 Pfg., Erwerbslose gegen Ausweis 5 Pfg.

Freiwillige Spenden in jeder Höhe werden mit Dank entgegengenommen.

Borverkauf auf der Geschäftsstelle, Alte Schule.
Spenden von Kuchen u. ä. können ab Sonntag morgen 8 Uhr, in beliebigen Mengen, in der Turnhalle abgegeben werden.

Gedenket
der hungernden Vögel!